

**GRÜN** - **macht zukunft**  
das thesenpapier



# ZUKUNFTS-THESEN

DIE WELT IN DER KRISE: 30 DENKANSTÖSSE FÜR DEN NOTWENDIGEN WANDEL

**Stand der Diskussion**

**Februar 2010**

**Impressum:** DIE GRÜNEN, Rooseveltplatz 4-5/TOP 5, 1090 Wien. Die Thesen wurden auf Basis zahlreicher Grün-interner Vorschläge erarbeitet und im Oktober/November 2009 öffentlich zur Diskussion gestellt.  
Redaktionelle Bearbeitung: Georg Günsberg (<http://www.guensberg.at>)

## Zusammenfassung

Im Spätherbst 2009 wurden 30 Grüne Zukunftsthese vorgestellt. Die Thesen sind die inhaltliche Grundlage für einen Prozess, in dem gemeinsam mit vielen interessierten Menschen offen über wesentliche Zukunftsfragen diskutiert wird. Dabei wurden nicht alle Themen der politischen Landschaft angesprochen, sondern auf einige Schwerpunkte fokussiert. Der Grüne Zukunftskongress, zu dem am 22. November knapp 500 TeilnehmerInnen gekommen waren, war einer der Höhepunkte dieser ausführlichen und teilweise kontroversiellen Debatte. Der Zukunftskongress war jedoch nicht das Ende, sondern erst der Anfang eines Prozesses. Weitere Veranstaltungen sind in Vorbereitung - wir freuen uns über das große Interesse an weiterer Beteiligung.

Das vorliegende Papier bildet den aktuellen Stand der Diskussion ab. Dabei handelt es sich nicht um eine Dokumentation aller Kommentare und Beiträge, sondern um eine redaktionell bearbeitete, verdichtete Zusammenfassung, die als Basis für den weiteren Dialog über zentrale Zukunftsfragen dient. Der inhaltliche Anspruch ist hoch. Es geht um Ideen, die über den Tellerrand blicken und dennoch konkret sind; um eine Perspektive mit Weitblick und dennoch Bezug zur aktuellen politischen und gesellschaftlichen Realität; um Positionen mit internationalem Blick und doch mit Bezug zu Österreich und Europa. Das politische System soll nicht nur um ein paar Farbtupfer ergänzt werden, sondern letztlich im Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft umgebaut werden.

Es geht dabei - wie es Prof. Roland Fischer (Uni Klagenfurt) in seiner Keynote-Rede am Zukunftskongress beschrieben hat - um *„einen Umbau unseres technologischen, insbesondere unseres Energieversorgungssystems, unseres Wirtschaftssystems, unseres Bildungssystems und letztlich auch unseres politischen Systems. Es geht um Entscheidungen, die Auswirkungen auf unser alltägliches Leben, unser Verhalten, unsere Motive, ja unsere gesamte Kultur haben müssen, wenn sie nachhaltig erfolgreich sein sollen.“*

In der vorliegenden verdichteten Zusammenfassung werden dabei die wesentlichen Fragestellungen angerissen, die sich aus den vielen, teils sehr heterogenen Beiträgen ergeben haben und Schwerpunkte der weiteren Diskussion sein werden. In der Übersicht danach wird die Diskussion der einzelnen Thesen in kurz lesbarer Form zusammen gefasst. Die dabei dargestellten Stellungnahmen entsprechen nicht zwingend der grünen Position, sondern spiegeln jeweils Diskussionsbeiträge wider. Die Thesen wurden im Zuge der Online-Diskussion übrigens auch von den UserInnen bewertet, indem gefragt wurde, ob sie der These zustimmen oder nicht (Skala -5 bis +5). Folgende 5 Thesen haben mit Stand 14. Februar 2010 die höchste Zustimmung errungen:

**1. Österreich braucht Zuwanderung. Zuwanderung braucht transparente Regeln. (These 27)**

+ **3.40** Durchschnitt (Basierend auf 2141 Stimmen - 14.2.2010)

**2. Das tägliche Schnitzel ist nicht nur ungesund, sondern auch klimafeindlich. Die Landwirtschaft rückt stärker ins Zentrum der Klimapolitik. (These 10)**

+ **3.03** (Basierend auf 2267 Stimmen - 14.2.2010)

**3. „Slow Politics“: Eine neue politische Kultur denkt über tages- und parteipolitische Sachzwänge und Legislaturperioden hinaus. (These 3)**

+ **2.32** (Basierend auf 827 Stimmen - 14.2.2010)

**4. Nur die Banken zu retten, ist zu wenig. Jetzt müssen Milliarden in die Zukunft investiert werden: in grüne Arbeitsplätze und Bildung. (These 5)**

+ 2.20 (Basierend auf 792 Stimmen - 14.2.2010)

**5. Die Finanzkrise ist nur die Spitze des Eisberges einer tiefgehenden Systemkrise. (These 1)**

+ 2.00 (Basierend auf 984 Stimmen - 14.2.2010)

**Die sozialen Folgen der Krise: Armutsbekämpfung rückt ins Zentrum**

Es herrscht weitgehende Einigkeit: Die Krise ist noch lange nicht ausgestanden. In vielen Bereichen kommt sie jetzt erst an. Die Zahl der Arbeitslosigkeit im Jänner hat die 400.000er-Marke überschritten. Knapp 500.000 Menschen sind in Österreich von Armut und sozialer Ausgrenzung unmittelbar betroffen und gelten als manifest arm. Darunter befinden sich mehr Frauen als Männer. Ein Viertel der armutsbetroffenen Menschen in Österreich sind Kinder. Die Krise verschärft das Risiko, durch soziale Netze zu fallen. Knapp eine Million Menschen haben ein Einkommen unter der Armutsgrenze.

Die kommenden Jahre werden durch enormen Druck auf die Staatskassen geprägt sein, der schon jetzt spürbar ist. Die Gefahr der weiteren Aushöhlung des Sozialsystems ist gegeben. Wenn Solidarität etwas zählt, geht es jedoch nicht nur um die Verteidigung bestehender sozialer Netze vor dem Spardruck, sondern um aktive Armutsbekämpfung, um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Nicht nur die Sicherung, sondern auch die Weiterentwicklung der Instrumente in der Sozialpolitik sind Teil der Auseinandersetzung mit den Zukunftsthese. Das Spannungsfeld zwischen Grundsicherung und Grundeinkommen ist nur eines, das durchaus kontrovers diskutiert wird. Klar ist, dass die soziale Teilhabe eine der wesentlichen Grundvoraussetzungen für Sicherheit und Demokratie ist - gerade in Krisenzeiten. Die genderbezogenen Aspekte der Krise sind verstärkt zu berücksichtigen.

**Die ungelöste Frage: Wer zahlt die Krise? Und wer ist eigentlich LeistungsträgerIn?**

Die Schuldenlast droht die Staaten zu erdrücken, während sich die Börsen langsam erholen. Aber während der Finanzmarkt die gleichen Regeln befolgt wie vor der Krise, sind die öffentlichen Haushalte mit massiven Einsparungsszenarien konfrontiert. Schon jetzt sind neue Spekulationsblasen in Sicht. Viele Menschen sind mittlerweile wütend und spüren das Missverhältnis. Die österreichische Regierung hat die Linie: keine neue Steuern. Es soll nur ausgabenseitig gespart werden. Dabei tragen Einkommen aus Gewinn, Besitz und Vermögen in Österreich derzeit sehr wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Gerade diese Einkommen stiegen aber in den letzten Jahren drastisch an. Die Finanzierung des Sozialstaats erfolgt zum größten Teil durch Steuern und Abgaben auf Löhne und Gehälter der Lohnabhängigen. Nach der Krise haben noch weniger Menschen noch mehr Kapital.

Vermögenssteuern, Energiesteuern, Bankensteuern, Finanztransaktionssteuern, ökosoziale Steuerreformen - an diskutierten Einnahmequellen mangelt es nicht.

Wie finanziert sich der Staat? Wie schaut die Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aus? Sollen jene in Zukunft selbst für ihre hoheitlichen Aufgaben Steuern einheben können?

Die Debatte darüber, wer die eigentlichen viel zitierten Leistungsträger sind, ist zu führen. Sind es wirklich die sehr gut Verdienenden oder sind es jene Menschen, die den Zusammenhalt einer Gesellschaft gewährleisten?

Sind es jene Netzwerke, in denen 95% Männer in Aufsichtsräten und Vorständen ihrem Geschäft nachgehen, oder jene, häufig Frauen, die z.B. als Kindergartenpädagoginnen um nicht einmal 1.000 Euro/Monat dafür sorgen, dass die Grundlage einer Gesellschaft in Bildung und Erziehung gelegt wird?

### **Die Zukunft der Arbeit: im Spannungsfeld zwischen weniger und mehr!**

Die Verteilung von Arbeit ist ebenfalls nicht nur in Zeiten der Wirtschaftskrise Thema, aber insbesondere jetzt spürbar. Wieso mangelt es an Arbeitsplätzen, wenn es eigentlich genug zu tun gibt? Das Verhältnis aus Erwerbsarbeit und ehrenamtlicher Arbeit ist aus dem Gleichgewicht.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung als Instrument ist auch rund um den Zukunftskongress nicht nur auf Zustimmung gestoßen. Unter welchen Umständen ist Arbeitszeitverkürzung leistbar? Nimmt ein Grundeinkommen den Druck aus dem System?

Insbesondere in der Krise gerät die Frage, welche Arbeit überhaupt persönlich befriedigend und sinnstiftend ist, wieder in den Hintergrund. Dabei ist möglicherweise genau hier der Kern.

### **Kann Wachstum nachhaltig sein? Green Jobs sind jedenfalls der richtige Weg.**

Alle wollen Green Jobs. Hatte vor einigen Jahren nur die Grünbewegung darüber gesprochen, finden sich Green Jobs in allen Programmen von Obama bis Berlakovich. Umwelt- und Energietechnologien gelten als die Wachstumsbranche. Aber ist Wachstum wirklich die Lösung? Oder gar Teil des Problems? Der Zukunftskongress hat gezeigt, dass es auch innerhalb der grünen Bewegung Widersprüche gibt.

Es gibt derzeit wohl auch keine realpolitische Alternative, wenn wir aktuell Arbeitslosigkeit verhindern wollen. Aber die Ungleichheit zwischen Kapital und Arbeit bleibt. Die Wachstumsphilosophie ist in unser Denken nahezu internalisiert worden. Andererseits wissen wir, dass Ressourcen endlich sind und unser Ökosystem die jetzige Form des Wachstums nicht verträgt. Siehe fossilen Energieverbrauch – siehe Materialverbrauch – siehe Klimawandel. Der Mehrwert bei Investitionen in grüne Technologien ist jedenfalls gegeben. Der Diskurs über den Systemwandel ist nicht neu, und dennoch hat er gerade erst begonnen. „Führt der grüne Kapitalismus in die Sackgasse?“, wie Frida Haugg schreibt. Kann man überhaupt aus dem aktuellen System ausbrechen? Oder wird einfach alles „ein bisschen kleiner“ werden müssen, wie der Ökonom Jeff Rubin in seinem Buch argumentiert. Ein Weg des zukunftsfähigen Wirtschaftens führt jedenfalls über den ökologischen Fußabdruck, Gesamtenergiebilanzen und verpflichtende Transparenz bei Produkten.

Auch das BIP bleibt auf der Agenda. Letztlich ist die Frage der Indikatoren, mit denen wir wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Wert messen, die Beantwortung der Frage nach Werten: Was wird in unserer Gesellschaft wertgeschätzt? Welche Bedürfnisse gilt es abzudecken? Was heißt Wohlstand? Die medial teils sehr kontroversiell diskutierte Zukunftsthese zum „Schnitzel“, bei der die weltweite Bedeutung der Vieh- und Landwirtschaft thematisiert wurde, hat gezeigt, dass über manche Aspekte unserer Wohlstandsgesellschaft nicht gerne diskutiert wird.

### **Bildung als Basis der Gesellschaft: gleiche Chancen für alle**

Über eines herrscht Einigkeit: Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. Bildung ist die Schnittstelle zu unterschiedlichen Lebensbereichen und die Basis einer Gesellschaft. Bildung ist viel mehr als die Vermittlung von Wissen.

Es geht auch nicht darum, die Bildung unter dem Fokus des Ausbildens primär für die Wirtschaft zu sehen.

Es geht unter anderem darum, das Bildungssystem auch als Ort des gesellschaftlichen Diskurses über

Zukunftsfragen zu verstehen.

Die Bedeutung von Bildung wird von allen politischen Kräften betont. Die Zielsetzungen sind jedoch unterschiedlich. Es braucht ein gesellschaftliches Überdenken der Bildungsziele.

Jene Kräfte im Bildungssystem, die sich um Weiterentwicklung bemühen, erhalten kaum Anerkennung. Die klassischen InteressensvertreterInnen blockieren insb. in der Schule wichtige Reformen (Delegierten-dilemma). Es braucht neue Plattformen, in denen Lehrer ihre Professionalität in gesellschaftlicher Verantwortung entwickeln. Neue Allianzen fernab der herkömmlichen Strukturen sollen geschmiedet werden. Diese Emotion vieler Menschen soll für eine zukunftsfähige Bildungspolitik genutzt werden.

Eingebracht wird auch der regionale, dezentrale Faktor. Bildungsangebote müssen in den Regionen Verankerung finden. Mehrere Vorschläge unterstreichen dabei die Rolle von Bibliotheken als lokale Orte der Bildung. Es braucht eine dezentrale Grundversorgung von Bibliotheken.

Auch die demokratische Bedeutung von Bildung wird unterstrichen. Es geht letztlich darum, die Demokratie von Grund auf (neu) zu lernen. Der Umgang mit Entscheidungsprozessen aber auch die Kompetenz im Umgang mit Medien und Internet soll dabei mehr Aufmerksamkeit erhalten. Es geht um Befähigung zur Selbstverantwortung.

### **Klimaschutz: Von großen Worten zu konkreten Taten**

Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen hat nicht die erhoffte Wende gebracht. Es gibt keine verbindlichen Ziele und keine Vereinbarung, die auch nur ansatzweise der Herausforderung des Klimawandels gerecht werden könnten. Der Klimaschutz ist in der Gesellschaft noch nicht verankert. Der kulturelle Wandel in der Transformation von der fossilen Industriegesellschaft ins solare Zeitalter hat jedoch begonnen. Wollen wir das Klima jedoch retten, müssen wir schnell handeln, denn es geht nicht nur darum, dass die Treibhausgase reduziert werden, sondern auch wann dies erfolgt.

Die Vielschichtigkeit der ökologischen Probleme zeigt, dass es nicht ausschließlich um die Erderwärmung geht, sondern um Fragen der Sicherheit (Versorgung mit Energie, Lebensmitteln etc.), des Umgangs mit Ressourcen, von Krieg & Frieden etc.

Dem Ziel, von Importen fossiler Energie (Öl, Gas, Kohle) mittelfristig unabhängig zu werden, wird immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Konkrete Taten müssen folgen.

Mehrere Aspekte sind in der Diskussion der Thesen besonders hervor gestrichen worden:

- Die Mobilitätsfrage ist entscheidend für die Reduktion der Treibhausemissionen. Mobilitätskultur und die (Infra-)Struktur sind die entscheidenden Hebel. Technologie ist wichtig (Bsp. Elektromobilität), aber nur durch die Entwicklung neuer Modelle individueller Mobilität und des Ausbaus der umweltfreundlichen Verkehrsinfrastruktur wird man das System nachhaltiger gestalten können. Modelle wie „Shared Space“, die Respekt zwischen den Verkehrsteilnehmern erfordern, sind eine kontrovers diskutierte Möglichkeit zur Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitäts-Alltagskultur.
- Energieunabhängigkeit ist ein wesentliches Motiv für die Steigerung der Klimateffizienz und den Umstieg auf erneuerbare Energie. Sie könnte das wesentliche Vehikel mit Überzeugungskraft sein, um die Menschen mit

der Energiewende zu erreichen.

- Den Regionen und Gemeinden kommt eine besondere Bedeutung zu. Eine Vielzahl von Erfolgsbeispielen (Güssing etc.) und der Zugang zum wichtigsten Element jedes kulturellen Wandels, dem Menschen, schaffen die entsprechenden Möglichkeiten. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land mit all den unterschiedlichen Qualitäten und Anforderungen werden hierbei spezifische Bedeutung erhalten müssen.
- Der Weg von der fossil-industriellen Landwirtschaft zur nachhaltigen Landwirtschaft ist noch weit, aber auch auf internationaler Ebene braucht es einen Wandel, der ökologisch orientiert ist, Energieverbrauch reduziert und der weltweiten Ernährungskrise (Welthunger) versucht entgegenzuwirken. Die Agrarsubventionen sind hier ein wesentliches Politikfeld.

### „Angst ist keine Weltanschauung“

Eine These mit sehr hoher Zustimmung war jene zur Zuwanderung. Dass Österreich Zuwanderung braucht, ist im Diskussionsprozess weitgehender Konsens gewesen. Ebenso ist die Achtung der Grund- und Menschenrechte grüne Selbstverständlichkeit, wiewohl gerade jene laufend politisch unter Druck stehen.

Neben der Verteidigung der Menschenrechte muss auch dem Rechtspopulismus aktiv etwas entgegen gesetzt werden, denn die Missachtung von Menschenrechten wird zusehends mehrheitsfähig. Mit der Angst spielt der Extremismus; folglich muss man der Angst etwas entgegen setzen.

Regeln und Rechte für Zuwanderer müssen eine Selbstverständlichkeit sein, die allen Seiten Sicherheit geben und damit Angst nehmen sollen. So manch Etabliertes kann hinterfragt werden: etwa, ob wir in einem integrierten EU-Raum nicht mit einem einzigen EU-Reisepass auskommen.

### Politische Kultur: Österreich erneuern!

Vielen reicht's! Ob der wiedererstarke Rechtspopulismus, Skandale ohne politische Konsequenzen, Freunderlwirtschaft, die Arroganz der Mächtigen in Kärnten, die Inszenierungsmaschen und Thematisierungsmuster der klassischen Medien, aber auch die taktischen Spiele, denen man als Teil des politischen Systems selbst nicht auskommt.

Wer das Land positiv verändern will, muss die politische Kultur im Land ändern. Die Kluft zwischen Politikblase und sozialer Realität wird immer größer; es müssen Brücken gebaut werden, sonst bleibt das Land anfällig für autoritäre Politik. Auch hier ist Bildung der wesentliche Schlüssel.

Es geht aber auch um Perspektive: Veränderung ist möglich. Politik soll ermutigen, Partizipation nicht scheindemokratisch sein, sondern ernst gemeint werden. Menschen sollen befähigt werden, Macht zu übernehmen. Jede/r ist politisch tätig! Jede/r ist wichtig. Politik – auch grüne Politik – muss wieder durchlässiger werden. Kultureller Wandel braucht Zeit und Mut. An welchen Rädchen zu drehen ist, steht weiter zur Diskussion.

Politik muss verständlich gestaltet werden und die taktischen Farbspielchen zurücklassen. Es geht auch um Transparenz, etwa in der Finanzierung von Politik, um Vertrauen zu stiften. Derzeit trachten insbesondere ÖVP und SPÖ, aber auch die Regierenden in Kärnten darum, Transparenz & Kontrolle im Eigenen zu vermeiden. Dort, wo es hingegen darum geht, den/die Einzelne/n in ihrer/seiner Privatheit und Freiheit zu schützen, drohen Gefahren für Persönlichkeitsrechte. Gerade im Internet-Zeitalter sollte es hier jedoch gezielten Schutz und Bewusstseinsbildung geben.

Auf hohe Resonanz ist in den Thesen auch der Begriff „Slow Politics“ gestoßen. Ein neuer Ansatz, der zeigt, dass Politik auch den üblichen Rahmen kurzfristiger Aufmerksamkeit und tagespolitischer Taktung sprengen kann.

### **Das gesellschaftliche Bild: von der Freiheit der/des Einzelne/n und der Empathie-Gesellschaft**

Viele Diskussionen der 30 Thesen landeten bei einer Kernfrage: Wie schaut das Bild einer Gesellschaft aus? Gibt es ein gemeinsames Bild? Wie schaut das Menschenbild aus?

Roland Fischers Keynote-Rede am Zukunftskongress hat das Bild einer Empathie-Gesellschaft gezeichnet. Es braucht mehr Einfühlungsvermögen in Gemeinschaften, die in allen Politikbereichen zu berücksichtigen sind. Gemeinschaften sind nicht nur reaktionär, sondern können auch progressiv gestaltet werden. Jeremy Rifkin spricht derzeit gar von der Vision einer empathischen Zivilisation, deren Teile über den gesamten Globus Verständnis und Respekt für das Andere hegen und die Fähigkeit besitzen, mitzufühlen und auch für den anderen zu handeln.

Neben diesen Modellen kollektiver Verantwortung gibt es zugleich das Bedürfnis nach sehr unterschiedlichen Lebensmodellen. Freiheit ist ein Kernbegriff. Auch Kunst und Kultur, die in den Thesen nicht explizit behandelt, aber immer wieder eingefordert wurden, wird hohe Bedeutung zugewiesen.

Es geht dabei nicht nur um den Menschen und sein Verhältnis zur Gesellschaft, sondern auch um einen respektvollen und zugleich verantwortungsvollen Umgang mit dem gesamten Umfeld (Natur, Tier, Umwelt).